

V-3 B Hannibal-Netzwerk und Co zerschlagen!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Ende 2018 wurde die Existenz des extrem rechten, sogenannten „Hannibal“-
2 Netzwerkes, einem Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen (Elite)-
3 Soldat*innen, Polizist*innen und Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes,
4 durch Medienberichte bekannt. Die Mitglieder des Netzwerkes sehen sich als
5 „Prepper“ und bereiten sich auf einen von ihnen angenommenen „Tag X“ vor, an dem
6 die öffentliche Ordnung zusammenbrechen werde. Es existierten offensichtlich
7 Listen von politischen Gegner*innen sowie Pläne zur Ermordung der selbigen, es
8 wurden Waffenlager angelegt sowie Ätzkalk und Leichensäcke bestellt. Als
9 zentrale Figuren des Netzwerkes werden u. a. Franco A. und André S. gesehen. Die
10 Personen organisierten sich im von André S. gegründeten Verein „Uniter e. V.“
11 sowie in verschiedenen Chatgruppen, die unter dem Sammelbegriff „Nordkreuz“
12 bekannt wurden. Franco A. legte sich eine Identität als syrischer Geflüchteter
13 zu und plante Medienberichten zufolge Anschläge in Berlin sowie möglicherweise
14 auch in Stuttgart und Würzburg, wo er Örtlichkeiten auskundschaftete.

15 Durch die Aufdeckung des Netzwerkes wurde klar, wie eng die extreme Rechte mit
16 den Sicherheitsbehörden verbunden ist. Fast alle bekannten Mitglieder des
17 Netzwerkes arbeiteten für Sicherheitsbehörden. Einige nutzten ihre Stellung aus,
18 um Munition und Waffen zu entwenden, andere wurden von einem Mitarbeiter des
19 Militärgeheimdienstes MAD gewarnt und konnten so vermutlich große Teile des
20 Beweismaterials wegschaffen. Erschreckend ist in diesem Zusammenhang auch der
21 oft mangelnde Aufklärungswille und der mangelnde Schutz betroffener Personen. So
22 wurden die 2017 auf einer der Todeslisten in Mecklenburg-Vorpommern gefundenen
23 Personen erst 2019 über diese Tatsache informiert, sodass diese gefährdeten
24 Personen zwei Jahre unwissend und damit ohne Schutzmaßnahmen blieben.

25 Es darf nicht länger untätig dabei zugesehen werden, wie extrem rechte Netzwerke
26 die Sicherheitsbehörden unterwandern. Die GRÜNE JUGEND fordert deswegen:

- die vollständige Aufklärung und Offenlegung der Pläne des „Hannibal“-
Netzwerkes. Angesichts der offensichtlichen weitreichenden Verstrickung
der Sicherheitsbehörden in das Netzwerk sind hierfür

30 Untersuchungsausschüsse im deutschen Bundestag sowie in den primär
31 betroffenen Landtagen notwendig, wobei darauf zu achten ist, dass
32 Mitglieder des Netzwerkes nicht selbst an den Untersuchungsausschüssen
33 dieser Art als Mitglied des Ausschusses, in der Funktion als
34 Mitarbeiter*in oder in anderer Art beteiligt werden, sodass sie Zugriff
35 auf geheime Materialien zwecks Verhinderung der Aufklärung erlangen
36 könnten. Innerhalb der Untersuchungsausschüsse muss insbesondere die
37 zweifelhafte Rolle des MAD und der Polizei aufgeklärt werden, ebenso wie
38 die Verbindung des „Hannibal“-Netzwerkes zu anderen extrem rechten
39 Organisationen. Entsprechende Akten der Sicherheitsbehörden müssen
40 freigegeben werden.

- 41 • Aufklärung darüber, ob Franco A. an den Orten, die er auskundschaftete,
42 Helfer*innen hatte.
- 43 • die sofortige Entfernung aller in irgendeiner Art und Weise am „Hannibal“-
44 Netzwerk beteiligten Personen aus den Sicherheitsbehörden, sowie aus
45 anderen sensiblen Ämtern, die aufgrund ihrer weitreichenden Befugnisse
46 oder besonderer Tragweite für die Sicherheit von Belang sind, und die
47 strafrechtliche Belangung dieser Personen, sofern nicht bereits erfolgt.
- 48 • das Verbot und die Auflösung des Vereins „Uniter e. V.“
- 49 • die Information aller Personen, deren Name sich auf den sichergestellten
50 Feindes- oder Todeslisten befindet, sowie die Einleitung ggf. notwendiger
51 Schutzmaßnahmen. In Zukunft sollen Personen, deren Name auf extrem rechten
52 Feindeslisten gefunden wird, sofort informiert und ggf. geschützt werden.
53 Sofern nötig sollte den Betroffenen und ihrem Umfeld auch psychologische
54 Unterstützung zur Verfügung gestellt werden.

55 Das Vertuschen und Kleinreden extrem rechter Netzwerke hat in Deutschland nicht
56 erst seit dem NSU eine unselige Tradition. Es ist klar, dass es weder im Fall
57 „Hannibal“ noch in anderen Fällen wieder so weit kommen darf!